



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

15. Dezember 2017



Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr

Die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in diesem Jahr ist zu Ende. Wir haben noch keine neue Regierung, aber wir haben ein handlungsfähiges Parlament. Im Mittelpunkt standen diese Woche Entscheidungen zu den Bundeswehr-Mandaten. Im Januar werden die Ausschüsse gebildet und es wird eine Sondersitzung zum 55. Jahrestag des „Elysée-Vertrags“ geben. Und die Gespräche mit den Sozialdemokraten werden weiter gehen - und zum Erfolg kommen, so bleibt zu hoffen. Denn auch die neueste von der SPD als „Kooperations-Koalition“ ins Gespräch gebrachte Variante kann für uns kein Weg sein: „Koko“ - das wäre Kokolores!

Für das gute Miteinander im vergangenen Jahr möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken. Im Namen der CDU-Landesgruppe wünsche ich Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und friedliches Jahr 2018.

Ihr **Andreas Jung**

Stabilität durch die Bundeswehr



In dieser Woche wurde über die Fortsetzung von fünf Auslandseinsätzen der Bundeswehr diskutiert: Die NATO-geführte Mission SEA GUARDIAN im Mittelmeer, die Mission gegen

die Terrororganisation IS, die Ausbildungsmission für irakische und kurdische Streitkräfte, die Mission Resolute Support für die Unterstützung afghanischer Streitkräfte sowie die Mission MINUSMA zur Stabilisierung Malis wurden jeweils mit großer Mehrheit verlängert. In seiner Rede zur Fortsetzung der maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN stellte **Roderich Kiesewetter** zentrale Zusammenhänge heraus, die über die einzelnen Mandatsdebatten hinausgehen:

1. Unsere eigenen Sicherheitsinteressen müssen eng mit der EU und der NATO abgestimmt sein. 2. Die Rede von Macron in der Sorbonne und Außenminister Gabriel machen deutlich, dass es in Europa unterschiedliche Sicherheitskulturen gibt. Der deutsche Ansatz setzt stark auf Vernetzung von Sicherheit mit Entwicklungszusammenarbeit. Deutsches und französisches Engagement muss als zwei Seiten einer Medaille begriffen werden. 3. Unsere Soldatinnen und Soldaten als Teil der Parlamentsarmee erwarten von uns Abgeordneten eine regelmäßige Evaluierung und Bilanzierung der Einsätze und eine bessere Vernetzung.



Die Stichworte Sicherheitsinteressen, vernetzter Ansatz und Bilanzierung waren auch zentraler Bestandteil der Rede von **Thorsten Frei** zur Verlängerung des Bundeswehrmandates im Rahmen der „Resolute Support Mission“ in Afghanistan am Vortag. „Mir ist die Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr sehr wichtig, weil wir damit unser Handeln kritisch reflektieren und unseren Soldaten, die über Weihnachten fernab von Heimat und Familie ihren Dienst in Afghanistan leisten, die notwendige politische Rückendeckung geben. Angesichts der schwierigen Lage vor Ort ist es mir zu einfach, lediglich zu sagen, dass die deutsche Sicherheit nicht am Hindukusch verteidigt wird, sondern an der Grenze Deutschlands, so wie es AfD und Linke tun. Dem widerspreche ich ganz vehement.“

In unserer globalisierten Welt sind die Wechselwirkungen aus entfernten Weltregionen enorm. Flüchtlinge aus Syrien oder Terror aus Afghanistan sind sehr konkret, weshalb es wichtig ist, dass Deutschland auch außerhalb des Bundesgebiets aktiv seine Interessen vertritt. Klar ist, dass es dabei vor allem auf zivile und diplomatische Mittel ankommt. Aber ohne militärische Sicherheit können zivile Akteure und Strukturen überhaupt nicht arbeiten. Deshalb braucht es eine leistungsfähige und moderne Armee und deshalb sind wir auch in Afghanistan militärisch aktiv. Was passiert, wenn es diese Sicherheit nicht mehr gibt, mussten wir leider in den vergangenen zwei Jahren sehen. Fortschritte sind wieder in Frage gestellt oder zunichtegemacht worden, Stillstand ist heute an der Tagesordnung. Dem müssen wir künftig mehr entgegensetzen“.

Neuer Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland



Zum 55. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages (Elysée-Vertrag) wollen der Deutsche Bundestag und die französische Nationalversammlung am Montag, 22. Januar 2018, in Sitzungen in beiden Parlamenten eine gemeinsame Resolution zur Stärkung der deutsch-französischen Beziehungen verabschieden. Das hat Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble am Mittwoch, 13. Dezember 2017, mit dem Präsidenten der Assemblée nationale, François de Rugy, vereinbart. Vorgesehen ist, am Jahrestag des historischen Freundschaftsvertrages in Sitzungen in Berlin und Paris, jeweils im Beisein einer Delegation aus dem jeweils anderen Parlament, über einen Antrag abzustimmen, mit dem die Parlamentarier für gemeinsame Positionen in der Europapolitik und eine weitere Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit plädieren.

„In seiner vielbeachteten Europa-Rede an der Sorbonne am 26. September 2017 hat der französische Präsident Emmanuel Macron vorgeschlagen, die Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland neu zu beleben. 55 Jahre nachdem die deutsch-französische Freundschaft besiegelt wurde, solle ein erneuerter Kooperationsvertrag geschlossen werden. Diesen Vorschlag sollten wir freudig annehmen, denn die deutsch-französische Freundschaft bleibt ein Geschenk“, so der Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe, **Andreas Jung**. Dabei soll ein Schwerpunkt auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelegt werden. „Die Partnerschaft muss gerade den Menschen in den Grenzregionen einen echten Mehrwert bringen. Ein neuer Élysée-Vertrag darf sich nicht im Wiederholen des Freundschaftsversprechens erschöpfen. Mit ihm müssen neue Initiativen angestoßen werden. Nur dann hat er eine Berechtigung. Ergreifen wir die Chance!“, so Jung.

Renaissance von Schengen statt Scheinlösungen



Von **Armin Schuster**

Am Mittwoch hat sich der Deutsche Bundestag erstmals mit einem von der AfD eingebrachten Antrag unter dem Titel „Umfassende Grenzkontrollen sofort einführen - Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt“ beschäftigt. Die AfD fordert darin, einen „vollständigen und effektiven Schutz der deutschen Grenze“ einschließlich der „grünen Grenze“ zu gewährleisten, also den Verlauf entlang der gesamten Grenzlinie zu kontrollieren. Ziel soll eine „grundsätzliche Zurückweisung von unberechtigtem

Grenzübertritt" sein, egal, ob Schutzbegehren vorgebracht werden oder nicht. Als Redner meiner Fraktion habe ich deutlich gemacht, dass der Antrag jeglicher juristischer und praktischer Kompetenz in Fragen der Inneren Sicherheit und eines intelligenten Grenzmanagements entbehrt. Eine pro-europäische oder humanitäre Haltung lässt er gänzlich vermissen. Dies hat auch Alexander Gauland als Redner der AfD-Fraktion mit seiner Feststellung demonstriert, offene Grenzen und Sozialstaat schlössen einander auf Dauer aus. Dass diese Auffassung grundfalsch ist, war mir besonders wichtig herauszustellen.

Offene Binnengrenzen und Personenfreizügigkeit sind unschätzbare Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses. Sie gilt es mit allem Einsatz zu erhalten. Dafür brauchen wir keine umfassenden stationären Grenzkontrollen, die Wirtschaft und Verkehr schwer beeinträchtigen würden. Dafür brauchen wir stattdessen eine Renaissance von Schengen. Ein Europa der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts wurde den Bürgern Europas bei Öffnung der Grenzen und dem Abbau von Schlagbäumen versprochen. Dafür sollte von allen Schengen-Partnern ein intelligenter Instrumentenkasten gegen grenzüberschreitende Kriminalität eingesetzt werden. Neben der Binnengrenz-Schleierfahndung sollte er auch einen intensiven Datenaustausch der Sicherheitsbehörden innerhalb Europas einschließen. Leider wird das von unseren meisten Schengen-Partnern - bis auf die Schweiz - bis heute nur lückenhaft umgesetzt. Auf eine Renaissance von Schengen müssen sich nun alle Anstrengungen richten, um die europäische Freizügigkeit dauerhaft zu erhalten. Das Mittel stationärer Grenzkontrollen ist eines für Krisensituationen wie 2015. Zugegeben, in diesem Ausnahmejahr hätte ich sie mir früher und entschiedener gewünscht. Aber ihr Einsatz muss Ultima Ratio für außergewöhnliche Krisenlagen bleiben. Diese Lage haben wir im Jahr 2017 mit ca. 170.000 Flüchtlingen längst nicht mehr. Deutschland hat seit 1995 jährlich durchschnittlich etwa 150.000 Flüchtlinge aufgenommen. Wir sind also genau bei der humanitären Leistung, zu der wir uns bekennen. Ein solches Bekenntnis wird es von der AfD nie geben und deshalb löst sie keine Probleme, sondern schafft neue. Der AfD-Antrag will Personenfreizügigkeit und den europäischen Einigungsprozess faktisch beenden. Damit zeigt die AfD, dass sie der Vielschichtigkeit des europäischen Gedankens nicht im Ansatz gewachsen ist.

Offene Märkte und freier Handel



Von **Dr. Joachim Pfeiffer**

In dieser Woche endete in Buenos Aires die 11. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO). Wir brauchen eine starke und effiziente WTO, denn ein freier Welthandel ist die entscheidende Voraussetzung für mehr Wirtschaftswachstum und sichere Arbeitsplätze in Deutschland und Europa. Daher gilt es, in den Bemühungen für eine Stärkung des multilateralen Handelsregimes nicht nachzulassen. Offene Märkte, grenzüberschreitende Arbeitsteilung, fairer internationaler Wettbewerb und die Liberalisierung des Handels sind gerade für die deutsche Volkswirtschaft, die in hohem Maße exportorientiert und in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden ist, von entscheidender Bedeutung. Die WTO leistet für die Erreichung dieser Ziele einen wichtigen

Beitrag. Insbesondere das WTO-Streitbeilegungsverfahren hat sich als zentrales Element des multilateralen Handelssystems bewährt.

Zwar kommen die Verhandlungen über die Weiterentwicklung der WTO (Doha-Runde) seit Jahren nur schleppend voran. Trotzdem ist die Stärkung der WTO im wohlverstandenen Interesse nicht nur Deutschlands und Europas, sondern gerade auch der USA. Erfreulich ist, dass die zu Ende gegangene Ministerkonferenz neben den bekannten Diskussionen auch neue, vielversprechende Ansätze für eine Weiterentwicklung der WTO aufgezeigt hat. Insbesondere Überlegungen, den weltweiten Marktzugang für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu verbessern, gilt es konsequent voranzutreiben. Gerade die exportstarke mittelständische Wirtschaft in Baden-Württemberg profitiert von offenen Märkten und freiem Handel.

Glyphosat-Einsatz streng geregelt



Am Dienstag wurden im Plenum fünf Anträge der Opposition zur Nationalen Strategie für den Umgang mit dem Herbizid-Wirkstoff Glyphosat verhandelt. **Hermann Färber** erklärte dazu:

„Glyphosat ist ein Pflanzenschutzmittel für Nutzpflanzen, dessen Wirkstoff über die grünen Pflanzenteile aufgenommen wird. Es blockiert dabei ein Enzym, das Pflanzen zur Herstellung bestimmter Aminosäuren benötigen. Im Uhrwerk Pflanzen-Stoffwechsel wird somit ein Zahnrad blockiert – mehr nicht. Das von Glyphosat blockierte Enzym kommt in menschlichen und tierischen Organismen nicht vor. Glyphosat ist seit 40 Jahren auf dem Markt. Es ist eine der am besten untersuchten Substanzen der Welt.

Anerkannte Wissenschaftler und mehr als zehn staatliche Behörden weltweit haben die Bewertung bestätigt, dass Glyphosat nicht krebserregend ist. Zu dem Ergebnis der Unbedenklichkeit ist auch das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung gekommen. Die fachliche Unabhängigkeit dieser Behörde ist gesetzlich garantiert. Ausschließlich die Krebsforschungsagentur IARC kam zu ihrem abweichenden Urteil und stuft Glyphosat in die Kategorie 2 „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Zum Vergleich: Auch Bratwürste, Frittiertes, Haarfärbemittel, Schichtarbeit und auch Mate-Tee werden als „wahrscheinlich krebserregend“ von der IARC eingestuft und niemand verzichtet darauf oder verbietet es gesetzlich. Die Klassifizierung sagt nichts darüber aus, ob tatsächlich eine Krebserkrankung ausgelöst wird.

Obendrein ist der Einsatz von Glyphosat in Deutschland seit langem streng geregelt. Gemäß einer Festlegung durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit dürfen glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel innerhalb eines Jahres höchstens zweimal auf derselben Fläche ausgebracht werden. In Deutschland kommen im Durchschnitt 400 Gramm pro Hektar zum Einsatz – in Südamerika sind es im Schnitt 15 Kilogramm, die obendrein auch noch per Flugzeug ausgebracht werden. Die Art und Weise der Glyphosatanwendung in Deutschland ist in keiner Weise mit der Anwendung in Amerika oder auch Asien vergleichbar.

Durch die Zustimmung der Mehrheit der europäischen Mitgliedstaaten für eine Weiterverwendung von Glyphosat konnten nun erhebliche Verbesserungen erreicht werden,

die bei einer alleinigen Entscheidung der Kommission nicht durchsetzbar gewesen wären. Denn die EU-Kommission hätte die Verlängerung der Zulassung auch ohne die Zustimmung der Bundesregierung beschlossen. Zu den Verbesserungen, die Bundesminister Schmidt bei den Verhandlungen erzielen konnte, gehört beispielsweise die sog. Biodiversitätsklausel, mit der die Biodiversität und die Tierwelt besser geschützt werden sollen.“

Keine Verantwortungsverweigerung!



Bereits in der vergangenen Sitzungswoche debattierten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Rahmen einer aktuellen Stunde die Siemens-Schließungspläne in Görlitz und Leipzig. Davon könnten mehr als 900 Mitarbeiter betroffen sein. An diesem Dienstag kam es dann zur ersten Beratung eines Gesetzesentwurfs der Fraktion DIE LINKE mit dem Inhalt, große Entlassungswellen durch Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz und im Kündigungsschutzgesetz zu verbieten.

In seiner Rede machte **Peter Weiß**, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion, deutlich, dass in unserer Sozialen Marktwirtschaft die unternehmerische Freiheiten und soziale Verantwortung unauflösbar zusammengehören. Insbesondere dann, wenn sie die materielle Existenz von Menschen betreffen.

Siemens-Chef Joe Kaeser sagte nach der Bundestagswahl: „Es muss die Aufgabe von uns allen sein, Menschen, die sich zurückgesetzt fühlen, einzubinden und ihnen Perspektiven zu geben“. An diesen Satz erinnerten ihn bereits im November unsere sächsischen Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dort bilden die Standorte den industriellen Kern und haben große strukturpolitische Bedeutung. Gerade deshalb ist uns bewusst, dass dieser Anspruch auf jeden Fall für die Politik gilt. Er sollte aber auch von der Wirtschaft ernst genommen werden.

Jedes Unternehmen muss sich ständig an veränderte Rahmenbedingungen anpassen und daran auch sein Geschäftsmodell ausrichten. Das hat dann in der Regel auch Auswirkungen auf die Arbeitsplatzstruktur. Wir wollen das Erfolgsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ mit seinen Grundsätzen in Kenntnis der vielen guten Beispiele verteidigen. Zu diesen Grundsätzen gehört, dass unternehmerische Entscheidungen in der Verantwortung der Unternehmen verbleiben und nicht, wie die Fraktion DIE LINKE es fordert, gesetzlichen Eingriffen ausgesetzt werden. Wer die unternehmerische Entscheidungshoheit für sich reklamiert, von dem fordern wir allerdings auch nachdrücklich Augenmaß bei Entscheidungen und soziale Verantwortung ein.

Die Siemens AG muss jetzt Vorschläge auf den Tisch legen, wie es an den betroffenen Standorten weitergehen soll und welche Perspektiven für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eröffnet werden können.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie im Angebot CDU/CSU-Fraktion unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter www.cdu-lg-bw.de.

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

info@cdu-lg-bw.de
www.cdu-lg-bw.de

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abbestellen](#)